



# Haushaltssicherungskonzept 2014 - 2017

Stand: 02.04.2014



Kreis Offenbach

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Vorwort.....	2
1. Haushaltskonsolidierung.....	4
1.1. Haushaltskonsolidierung bis 2012 .....	4
1.2. Haushaltskonsolidierung ab 2013 unter dem Kommunalen Schutzschirm ...	5
2. Die Kostenblöcke.....	6
2.1. Grundsicherung, Sozialhilfe, Jugendhilfe und Asyl.....	6
2.2. SGB II.....	7
2.3. Landeswohlfahrtsverbandsumlage .....	8
2.4. Personalkosten.....	9
2.5. Public Private Partnership .....	9
2.6. Zins und Tilgung für Kreditmarktmittel.....	11
3. Weiterführung der Modernisierung und Haushaltskonsolidierung 2014 – 2017 ausgewählte Projekte und Maßnahmen.....	12
3.1. Wirtschaftlichkeitsberechnungen .....	12
3.2. Aufgabenkritik.....	13
3.3. Vertragscontrolling.....	14
3.4. Budgetgespräche .....	14
3.5. Betriebe gewerblicher Art .....	15
3.6. Kennzahlen und Vergleichsringtätigkeiten.....	15
3.7. Interfraktionelle Arbeitsgruppe Haushaltssicherung .....	16
3.8. Fortlaufende Projekte / Maßnahmen für 2014 ff. ....	17
4. Finanzplanung .....	18
5. Ausblick .....	21

## Anhang

- A Haushaltssicherung 2005 ff.
- B Maßnahmen der Haushaltssicherung 2005 ff.
- C Liste der freiwilligen Leistungen im Jahresvergleich

# Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz der signifikant verbesserten Einnahmesituation unseres Kreises – erwartet werden für 2014 485 Mio. Euro - ist und bleibt das Haushaltssicherungskonzept auch in diesem Jahr unverzichtbarer Bestandteil unseres Haushaltsplans. Dabei geht die Haushaltskonsolidierung mittlerweile ins neunte Jahr und steht 2014 erstmalig im Zeichen des kommunalen Rettungsschirms. Die klare Vorgabe aus der Vereinbarung mit dem Land Hessen, bestätigt durch das Regierungspräsidium: Bis zum Jahr 2020 muss das Defizit abgebaut werden und in der Jahresbilanz 2020 sollte unter dem Strich mindestens eine „schwarze“ null stehen. Praktisch heißt das, der Fehlbetrag, der sich 2013 auf 65,7 Millionen Euro beziffert, musste noch im laufenden Haushaltsjahr auf 48,9 Millionen Euro reduziert werden.

Unser Rettungsschirmkonzept basiert im Wesentlichen auf zwei auch vom RP anerkannten Prämissen:

1. Die wirtschaftlich nach wie vor sehr gute Konjunktur sorgt dafür, dass über die Kreisumlage dauerhaft mehr Geld in die Kreiskasse fließt. Für 2014 bedeutet das einen Betrag von 11,9 Millionen Euro.
2. Mit der vollständigen Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund wird eine Entlastung von etwa 4,8 Millionen Euro erwartet.

Was diese Beträge tatsächlich wert sind, zeigt sich sehr schnell, wenn wir beispielsweise dagegenhalten, dass sich nach derzeitigem Stand für 2014 die Kreisschlüsselzuweisungen um 1,9 Millionen Euro verringern und unser Beitrag zum Landeswohlfahrtsverband vermutlich um 0,3 Millionen Euro steigen wird.

Im Übrigen greift der Rettungsschirm stufenweise, so dass unser Haushalt erst im Jahr 2016 völlig um die Zinsen entlastet wird, die die Übernahme der insgesamt 207 Millionen Kredite seitens des Landes verspricht, so dass wir selbst nach wie vor in der Pflicht sind, konsequent zu konsolidieren auch wenn dies kaum möglich erscheint.

Ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor für den Haushalt 2014 ist der Zensus, der auch für den Kreis Offenbach zu dem Ergebnis geführt hat, dass die Einwohnerzahlen nach unten abweichen. Das heißt in der Konsequenz: Da die Einwohnerzahlen die Berechnungsgrundlage für den kommunalen Finanzausgleich bilden, könnte die verringerte Einwohnerzahl unser Haushaltsergebnis ebenfalls beeinträchtigen.

Wir werden unsererseits mit Nachdruck, die Haushaltskonsolidierung systematisch fortführen. Allerdings haben wir bereits eine Gesamtkonsolidierungsmasse von mittlerweile 71 Millionen Euro erreicht, so dass auch hier der Spielraum enger wird.

Aber eine Million Euro sind für uns 2014 wieder verpflichtendes Konsolidierungsziel, was wir sicherlich erreichen können, auch wenn die bereits jetzt vom RP geforderte Haushaltssperre für 2013 in Höhe von 16,8 Millionen Euro von einigen Fachdiensten kaum einzuhalten ist. Und so bleibt es dauerhafte Forderung, dass endlich dem Konnexitätsprinzip Rechnung getragen werden muss. Steigende Asylbewerberzahlen belasten unseren Haushalt noch mehr als erwartet und es gibt keine Ausgleichsgelder des Landes und wer offenen Auges die Diskussion um die Inklusion, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen betrachtet, kann nur in den kommunalen Chor einstimmen, dass diese Leistungen nicht nur gefordert wird sondern auch die Finanzierung sicherzustellen ist.

Im Übrigen stimme ich dafür, dass es endlich zu einer grundlegenden Strukturveränderung des kommunalen Finanzausgleichs kommt. Ohne dies ist und bleibt Haushaltskonsolidierung reine Makulatur.

Carsten Müller

Kämmerer - Kreisbeigeordneter

# 1. Haushaltskonsolidierung

## 1.1. Haushaltskonsolidierung bis 2012

Das Haushaltskonsolidierungskonzept ist bereits seit 2005 Steuerungsinstrument für den Kreis Offenbach – auch wenn es zunächst freiwillig erstellt wurde. Erst 2008 hat es die Aufsichtsbehörde von uns verlangt. Das Konsolidierungskonzept enthält gemäß der gesetzlichen Auflagen:

1. Eine umfassende Darstellung der Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt.
2. Ein verbindlich festgelegtes Konsolidierungsziel und einen ebenso verbindlich festgelegten Maßnahmenkatalog.
3. Ein anzustrebendes Zeitziel zu dem der Ausgleich des Ergebnishaushalts erreicht werden soll.<sup>1</sup>

Bis 2011 wurde damit ein Gesamtbetrag von etwa 71 Millionen Euro konsolidiert. Dieser (siehe Anlage A) setzt sich über die Jahre hinweg zusammen aus Haushaltssperren, Stellenbesetzungssperren, Veräußerungen, Kreisumlageerhöhungen und weiteren Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept.

Darüber hinaus schlagen natürlich auch die Summen positiv zu Buche, die dank konsequenter Konsolidierung gar nicht erst angefallen sind. Das wirkt sich letztendlich auf die Zinszahlungen des Kreises aus.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass ohne Haushaltskonsolidierung der Kreis Offenbach die Schuldengrenze von einer Milliarde Euro längst weit überschritten hätte. Es wird aber im Vergleich der Zahlen leicht nachvollziehbar, dass Haushaltskonsolidierung nur in begrenztem Rahmen zur Haushaltssanierung beitragen kann.

---

<sup>1</sup> § 92 (4) HGO i. V. m. § 24 (4) GemHVO unter Berücksichtigung der Leitlinie zur Konsolidierung des HMdl von 2010

## 1.2. Haushaltskonsolidierung ab 2013 unter dem Kommunalen Schutzschirm

Der Kreis Offenbach hat entschieden, sich ab 2013 unter den Kommunalen Schutzschirm des Landes zu begeben. Die stufenweise Entlastung der Kreisverschuldung um etwa 207 Millionen Euro Schulden führt in der Spitze im Jahr 2022 zu einer Zinsentlastung des Haushaltes von etwa 5 Millionen Euro.

Um, wie mit dem Land vereinbart, spätestens 2020 einen ausgeglichenen Ergebnishaushalte vorzulegen, darf das Defizit folgende Grenzen nicht überschreiten:

HHJahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
<b>Defizit</b>							
(in Mio. €)	48,9	34,4	25,2	19,3	14,2	9,1	4,0

Dieses Ziel soll mit zwei Maßnahmen erreicht werden:

- **Verbesserung der Ertragssituation des Kreises durch den Kommunalen Finanzausgleich**

Zum einen ist durch die gute konjunkturelle Situation weiterhin mit steigenden Gewerbesteuererträgen der Städte und Gemeinden zu rechnen. Bei gleichbleibender prozentualer Erhebung der Kreisumlage kann eine verbesserte Ertragssituation eingepreist werden. Zum anderen steht die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs aus. Hier ist das Land nach wie vor gefordert, seine Pflicht zu erfüllen, die Landkreise finanziell ausreichend auszustatten.

- **Vollständige Finanzierung der Grundsicherung durch den Bund**

Mit dem Haushaltsjahr 2014 wird die Finanzierung der Leistungen der Grundsicherung erstmals vollständig durch den Bund übernommen. Diese Übernahme wurde sukzessive von 2012 zu 45% und 2013 zu 75% gestaltet.

Aufgrund dieser beiden Maßnahmen rechnet der Kreis für 2014 mit Mehrerträgen in Höhe von voraussichtlich 16,7 Millionen Euro: 11,9 Millionen aus der Kreis- und Schulumlage und 4,8 Millionen Euro zur Übernahme der Grundsicherung.

## 2. Die Kostenblöcke

### 2.1. Grundsicherung, Sozialhilfe, Jugendhilfe und Asyl

Ein wesentlicher Faktor für die schlechte kommunale Finanzlage sind die nach wie vor erdrückenden Sozialleistungen.

Zwar hat sich der Bund bereit erklärt, die Kosten der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte gestaffelt (2012: 45%, 2013: 75%) bis in 2014 in voller Höhe zu übernehmen<sup>2</sup>. Dies bedeutet für den Kreis Offenbach eine Erstattung von 12,5 Millionen Euro in 2013 und 19,0 Millionen Euro in 2014.

Aber die Finanzierungslast der Kommunen bleibt in zahlreichen weiteren Positionen in gleicher Höhe bestehen.

Im Bereich der Sozialhilfeleistungen ist für 2014 mit einem Aufwand von 21,1 Millionen Euro zu rechnen. Selbst bei konstanten Fallzahlen schlagen sich sowohl Regelsatzanpassungen als auch steigende Energiekosten direkt in der Planung nieder.

Auch die bundesweite Entwicklung in der Jugendhilfe macht auch vor dem Kreis Offenbach nicht halt. Zu verzeichnen sind steigende Fallzahlen im

- Bereich der Hilfe zur Erziehung,
- der vorläufigen Inobhutnahmen,
- bei Heimkindern

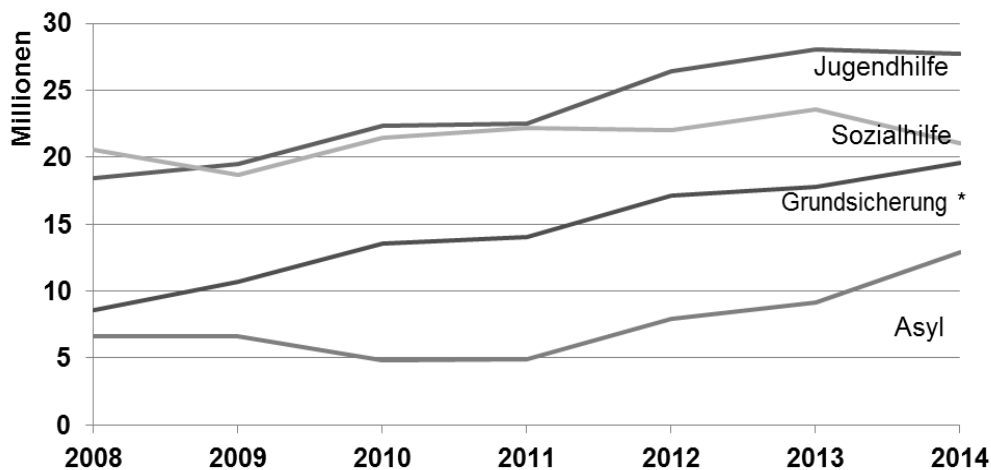
und die in 2013 bevorstehende Pflegegeldhöhung für Vollzeitpflegekinder. Unter Berücksichtigung der vorläufigen Rechnungsergebnisse aus den Vorjahren wird in 2014 mit einem Aufwand von 27,7 Millionen Euro geplant.

Im Bereich Asyl führen neben den konstant hohen Neuzuweisungen durch das Regierungspräsidium Darmstadt, die Kosten für Wohnraum zu einer Planung von fast 12,9 Millionen Euro.

---

<sup>2</sup> Bereits seit Einführung der Grundsicherungsleistungen für Alte und Erwerbsgeminderte ist eine Teilerstattung durch den Bund erfolgt. Für 2013 hat sich die Berechnung der Erstattung geändert (2012 = Erstattung von 45 % aus den tatsächlichen Kosten aus dem Jahr 2010; 2013 = Zugrundelegung der tatsächlichen Kosten des laufenden Jahres).

## Entwicklung der Bereiche Grundsicherung, Sozial- und Jugendhilfe sowie Asyl



\* Die Grundsicherung wird ab 2014 zu 100% vom Bund übernommen. Die Grafik dient nur zur Darstellung der Kostenentwicklung.

### 2.2. SGB II

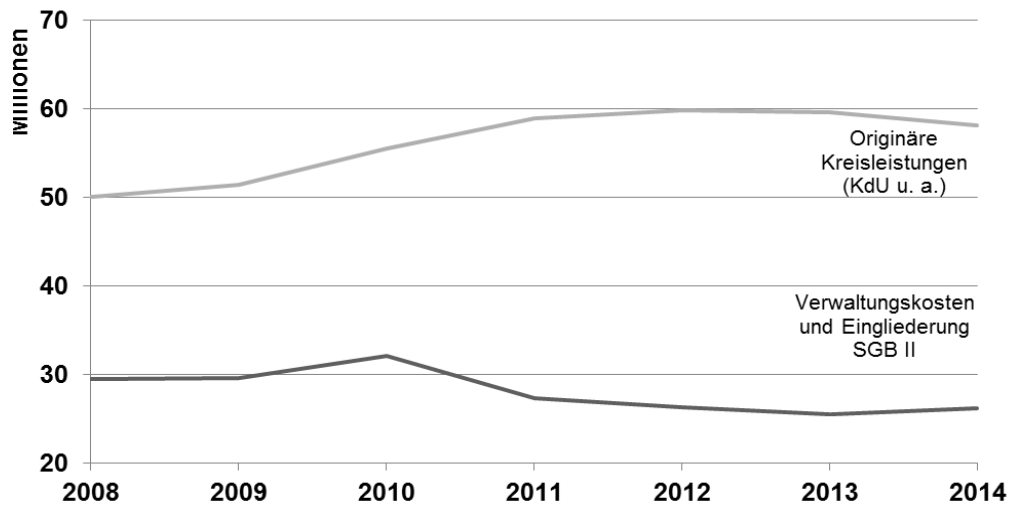
Im Bereich des SGB II müssen die Kosten der Unterkunft immer wieder an steigende Miet-, und vor allem an stark steigende Mietnebenkosten angepasst werden. Aber die guten Prognosen für den Arbeitsmarkt 2013 halten auch für 2014 an, so dass die Mittel um fast 1,5 Millionen Euro reduziert werden können.

Bei den Verwaltungskosten ist anzumerken, dass der Bund weiterhin lediglich 84,8% der tatsächlichen Aufwendungen trägt und 15,2% der Kosten durch den Kreis selbst aufgebracht werden müssen. Auch wenn für die Eingliederungsleistungen mit einer geringen Ansatzserhöhung des Budgets zu rechnen ist, ist aufzuzeigen, dass in den vergangenen Jahren jeweils mindestens 10% weniger zur Verfügung standen.

Ebenso ist zukünftig zu beachten, dass die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, sofern sie nicht verausgabt werden, an den Bund rückzuzahlen sind.



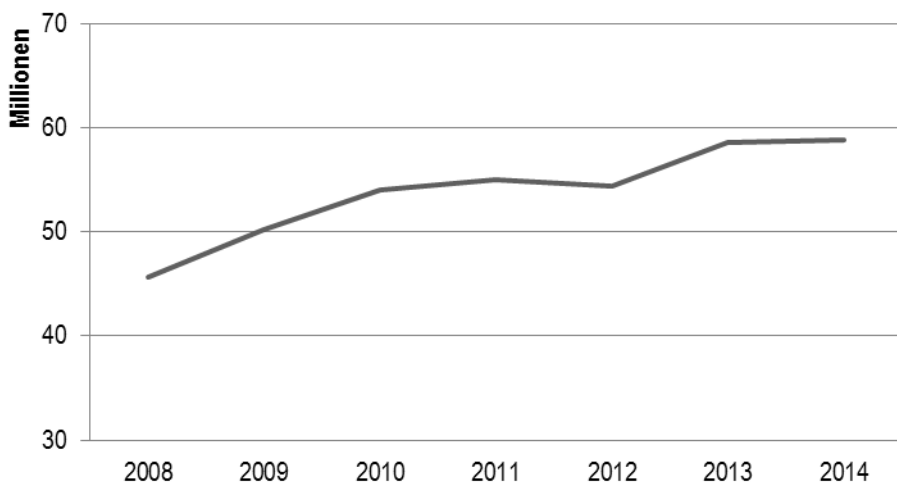
## Entwicklung des Bereichs SGB II



### 2.3. Landeswohlfahrtsverbandsumlage

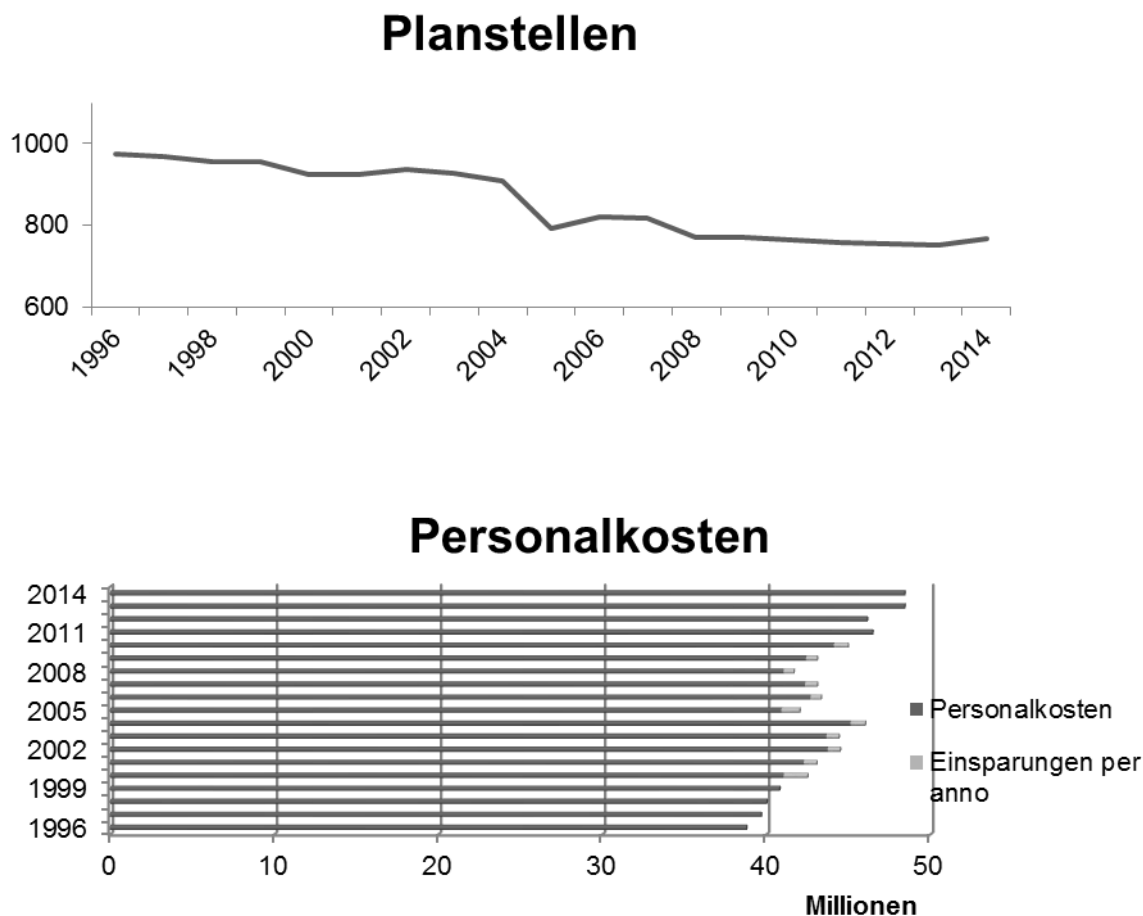
Hessenweit zeichnet sich weiterhin der Trend steigender Fallzahlen leistungsberechtigter Menschen mit Handicap ab. Seit 2008 kann ein Zuwachs um 15 % verzeichnet werden. Der Mehrbedarf des LWV wirkt sich hierbei zum Großteil auf die Bereiche überörtliche Sozialhilfe (z. B. Hilfe zu selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten, Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen) und auf Vergütungssteigerungen aus. Musste im Jahr 2013 schon eine Kostenexplosion von über 4,1 Millionen Euro durch den Kreis Offenbach aufgefangen werden, ist für 2014 mit einem weiteren Mehraufwand von 0,3 Millionen Euro zu rechnen.

### LWV-Umlage



## 2.4. Personalkosten

Trotz der seit Jahren reduzierten Planstellen (2008: 773, 2014: 766) steigen die Personal- und Versorgungsaufwendungen um die tarif- und besoldungsrechtlichen Anpassungen.



Ohne die Konsolidierungsmaßnahmen, die im Personalbereich tatsächlich bereits seit 2000 initiiert wurden, würden die Personal- und Versorgungsaufwendungen im Jahr 2014 bereits rund 59 Millionen Euro betragen. Dies wären 10,5 Millionen Euro mehr, als für das Jahr 2014 tatsächlich zu erwarten sind.

## 2.5. Public Private Partnership

Der Kreistag hat mit seinen Beschlüssen vom 18.05.2004 und 08.10.2004 Aufgaben der „baulichen Instandsetzung und Instandhaltung“ sowie der „Bewirtschaftung der kreiseigenen Schulen“ an zwei hierfür gegründete PPP-Projektgesellschaften, die SKE Schul-Facility-Management GmbH und die Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, übertragen.

Mit den externen Partnern wurden jeweils zwei separate Verträge abgeschlossen:

- Ein Sanierungsvertrag zur Instandsetzung der kreiseigenen Schulen mit einer Vertragslaufzeit von 15 Jahren bei einer Erbringung der vollständigen Sanierungsleistung innerhalb von 5 Jahren.
- Ein Facility-Management Vertrag zur Bewirtschaftung und Instandhaltung der kreiseigenen Schulen mit einer Vertragslaufzeit von 15 Jahren.

Im Bereich der FM-Leistungen sind Kostenanpassungen zu verzeichnen. Diese resultieren in erster Linie aus drei verschiedenen Faktoren:

1. Wertsicherungsklauseln,
2. Flächenmehrungen bzw. -minderungen (Preisanpassungen),
3. Veränderungen der Nutzungsintensität.

Das dezentrale interne PPP-Controlling, welches beim Fachdienst Gebäudewirtschaft angesiedelt ist, hat enorm an Bedeutung gewonnen. Ziel ist es, unabhängig von den Projektgesellschaften die Transparenz und die Steuerungsmöglichkeiten in den Schulpartnerschaften zu erhöhen, sowie notwendige oder wünschenswerte Korrekturmaßnahmen einzuleiten und Einsparungen zu generieren. In Umsetzung einer grundsätzlichen, umfassenden Konzeption wurden zunächst ein Vertragscontrolling sowie ein Baucontrolling aufgebaut, welches die Einhaltung der durch die Projektgesellschaften vertraglich geschuldeten Leistungen überprüft. Die weiteren Handlungsfelder erstrecken sich auf die Themen Qualitätssicherung, Kosten- und Leistungsrechnung, Kennzahlen, Benchmarking, Referenzwerte sowie Interkommunale Zusammenarbeit.

## 2.6. Zins und Tilgung für Kreditmarktmittel

Bei den Finanzaufwendungen für Zins und Tilgung wird deutlich, dass die Konsolidierung zu messbaren Erfolgen geführt hat. Wären die Maßnahmen der Haushaltssicherung nicht realisiert worden, hätte der Kreis Offenbach dafür ebenfalls noch Kredite aufnehmen müssen.

Mit der Entscheidung unter den Kommunalen Schutzschirm zu treten, wird mit Ablösung der ersten Verbindlichkeiten eine Entlastung des Haushalts 2014 in Höhe von insgesamt 1,8 Millionen Euro, davon 945.000 Euro an Zinsen, erreicht.

### **3. Weiterführung der Modernisierung und Haushaltskonsolidierung 2014 – 2017 ausgewählte Projekte und Maßnahmen**

Der Kreis Offenbach wird den eingeschlagenen Konsolidierungskurs beibehalten. Die Weiterführung der neuen Steuerung in Form eines integrierten Modernisierungs- und Konsolidierungsprozesses von 2014 bis 2017 hat weiterhin oberste Priorität.

Allerdings zeigt sich aus der Erfahrung der vergangenen Jahre sehr deutlich, dass die die Konsolidierungspotenziale immer weiter genutzt werden und sich die Konsolidierungsressourcen damit erschöpfen.

Trotzdem setzt sich der Kreis Offenbach über die Haushaltssicherung (ohne die Haushaltsgenehmigungsaufgaben des Regierungspräsidiums) für das Jahr 2014 das Ziel, immer noch mindestens **1 Million Euro** zu generieren. Dies entspricht auch dem Konzept der langfristigen und vor allem nachhaltigen Konsolidierung.

Im Folgenden werden die Handlungsschwerpunkte aufgeführt. Darüber hinaus ist der Anlage B die Gesamtliste der Maßnahmen zur Haushaltssicherung 2005 ff. zu entnehmen.

#### **3.1. Wirtschaftlichkeitsberechnungen**

Der Kreis Offenbach unterzieht jedes neue Projekt einer dezidierten Wirtschaftlichkeitsprüfung. Der finanzielle Aufwand wird dem zu erwartenden Ertrag gegenübergestellt. Mit einer Kosten-Nutzen-Analyse können Vorteile und Nachteile in der Gesamtheit für den Kreis als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden. Gutes Beispiel dafür sind die Planungen, die es zum möglichen Umzug von einigen Fachdiensten der Kreisverwaltung gab. Hier wird nach einer Lösung gesucht, die verfügbaren Ressourcen erst einmal zu nutzen.

Darüber hinaus werden in den Vorlagen an den Kreisausschuss Folgekostenberechnungen für Investitionen ausgewiesen. Das schafft Transparenz und damit eine faktenorientierte Entscheidungsgrundlage für die Verantwortlichen.

## 3.2. Aufgabenkritik

Im Juni 2006 fand erstmalig in der Kreisverwaltung Offenbach eine umfassende aufgabenkritische Erhebung statt.<sup>3</sup> Diese wurde nach drei Jahre wiederholt. 2009 wurde sie erstmals auf Basis der Produkte und Leistungen des Haushalts durchgeführt. Aus ihr resultieren weitere Arbeitsaufträge. So wurden zum Beispiel die bestehenden Leistungen und deren Standards auf Freiwilligkeit überprüft, sowie die Bündelung von Aufgaben sei es in einem Dienstleistungszentrum oder über Interkommunale Kooperation.

Eines der Ergebnisse war, dass über 70 Prozent der Leistungen, die durch den Kreis erstellt werden, pflichtig sind. Aber auch auf die restlichen 30 Prozent, seien es Mischleistungen oder freiwillige Leistungen, kann nicht so ohne weiteres verzichtet werden, weil für die damit verbundenen Ressourcen oftmals vertragliche Verpflichtungen bestehen.

Die nächste Erhebung fand im Zuge der 166. Vergleichenden Prüfung „Haushaltssicherung – Kreis Offenbach“ des Hessischen Rechnungshofes statt.

Der Prüfungsschwerpunkt bezieht sich auf die interkommunale Zusammenarbeit des Kreises mit seinen Kommunen für die Bereiche Personal, Kasse und Finanzwirtschaft. Der Schlussbericht wird voraussichtlich im November vorliegen.

### Freiwillige Leistungen

Die freiwilligen Leistungen werden seit 2006 jährlich buchungsstellenscharf auf den Prüfstand gestellt. In 2011 waren noch 0,35 Prozent des finanziellen Aufwands freiwilligen Leistungen geschuldet.

Mit der Haushaltsgenehmigung 2011 wurde die Definition der freiwilligen Leistungen durch das Regierungspräsidium angepasst. „Auf Aufwendungen und Aufgaben, die nicht auf Gesetz oder Vertrag beruhen, ist grundsätzlich zu verzichten. [...]–Ausnahmen hiervon werde ich auf vorherigen Antrag bis auf weiteres nur in besonderen Bedarfslage zulassen bzw. wenn eine Gegenfinanzierung nachgewiesen werden kann. Soweit Gremienbeschlüsse, Förderrichtlinien oder Satzungen des Landkreises bei freiwilligen Leistungen

---

<sup>3</sup> Eine ausführliche Beschreibung der Vorgehensweise und der Ergebnisse wurde im Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 – 2010 abgebildet.

langfristige Bindungswirkungen entfalten, sind diese entsprechend zu ändern.“ Ab 2012 werden die freiwilligen Leistungen nach folgenden Merkmalen unterschieden:

- Maßnahmen, die rein freiwilliger Natur sind,
- freiwillige Leistungen, die von Dritten gefördert werden,
- sowie Leistungen, die durch eine Satzung oder einer Richtlinie festgelegt sind.

Vertraglich geregelte Leistungen werden nicht aufgeführt.

Dem Anhang C kann die Gegenüberstellung der freiwilligen Leistungen entnommen werden. Der Kreis Offenbach hat freiwillige Leistungen in Höhe von 1,42 Millionen Euro eingeplant, dies entspricht 0,29 Prozent des Gesamtaufwandes für 2014.

### 3.3. Vertragscontrolling

Vertragscontrolling wird in unserem Haus als kontinuierliche Aufgabe verstanden, die unabhängig von Haushaltsgesprächen bereits im Vorfeld aller Projekte und vertraglicher Verhandlungen dazu führt, dass maßgebliche Verbesserungen, im Hinblick auf die Haushaltslage durchgesetzt werden können.

### 3.4. Budgetgespräche

Der Kreis Offenbach hat für die Haushaltsplanung 2014 zum sechsten Mal das Instrument der Budgetgespräche genutzt. Es zeichnet sich immer weiter ab, dass die Budgetverantwortlichen das Instrument annehmen und an der Ausgestaltung interessiert sind.

Im Dialog können Bedarfe aufgezeigt und realistisch beziffert werden, so dass immer noch Einsparpotenziale zu finden sind. Eine Reduzierung der Planaufwendungen bzw. Anpassung der Planerträge um etwa zwei Millionen Euro ist ein durchaus realistisches Mindestziel.

### 3.5. Betriebe gewerblicher Art

„Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich.“<sup>4</sup>

Die Möglichkeiten zur Einführung von BgA und der daraus resultierenden Vorsteuerabzugsfähigkeit wurden intensiv geprüft.

Die Umsetzung der Einführung eines BgA erfolgte für die Photovoltaikanlagen auf den Schuldächern und dem Parkhaus am Haus des Lebenslangen Lernens. Für den Kreis ist es nun möglich, den entstehenden Aufwand als Vorsteuerabzug geltend zu machen.

### 3.6. Kennzahlen und Vergleichsringtätigkeiten

Die Leistungen und die damit für den Kreis verbundenen Kosten stehen laufend in der Prüfung. Im Konsolidierungs- und Modernisierungsprozess wird aus diesem Grund der Fokus auch auf die Kennzahlen gelegt.

Seit 2008 werden im Haushaltplan für jedes Produkt Ziele sowie Mess- und Kennzahlen ausgewiesen. Diese werden unterjährig im Berichtswesen abgebildet. Erstmals für den Haushaltsplan 2013 wurde ein übergeordnetes Kennzahlenset entworfen. Die übergeordneten Kennzahlen werden im Zuge der Überarbeitung der strategischen Zielsetzung, die parallel zur Haushaltsplanberatung 2014 stattfindet, den entsprechenden Sachzielen im Haushaltsplan 2014 zugeordnet.

---

<sup>4</sup> §4 I KStG



Darüber hinaus, nimmt der Kreis Offenbach an folgenden Vergleichsringen teil, in denen die Kommunen über festgelegte Kennzahlen ihre Kosten und Leistungen in unterschiedlichen Bereichen vergleichen und voneinander lernen können:

- Vergleichsring Informationstechnologie
- Vergleichsring Ausländerwesen
- Vergleichsring SGB XII

### 3.7. Interfraktionelle Arbeitsgruppe Haushaltssicherung

Der Kreis Offenbach hat die „Interfraktionelle Arbeitsgruppe Haushaltssicherung“ gegründet. Diese setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen und den Dezernenten zusammen. Darüber hinaus nehmen an den regelmäßigen Sitzungen je nach Bedarf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung teil.

Ziel ist die Lokalisierung und die Diskussion von Haushaltssicherungsmaßnahmen. Die Schwerpunkte liegen derzeit bei:

- den freiwilligen Leistungen und deren Möglichkeiten zur Einsparung,
- den großen Kostenblöcken,
- der Darstellung eines visualisierten Haushalts als auch
- der strategischen Zielausrichtung des Kreises.

### 3.8. Fortlaufende Projekte / Maßnahmen für 2014 ff.

Zu den weiteren bzw. fortlaufenden Projekten / Maßnahmen gehören:

- Überprüfung der Gebühren mit Ermessensspielraum
- Prüfung der Veräußerung von Beteiligungen
- Prüfung der Veräußerungen von Grundstücken
- Umsetzung der Ergebnisse aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe Haushaltssicherung
- Prüfung des Anlagevermögens auf die Betriebsnotwendigkeit
- Ausweitung des Liquiditäts- und Zinsmanagements
- Prüfung der Einführung von Servicegarantien
- Prüfung der Zentralisierung der Aktenlagerung
- Prüfung der möglichen Einführung einer elektronischen Rechnungsbearbeitung in der Kreisverwaltung
- Transparente Darstellung der Ausstattung und Beschaffung der Schulmöbel

## 4. Finanzplanung

Im Erlass des Hessischen Ministeriums vom 16.07.2007 (S. 7) wird deutlich auf folgendes hingewiesen: „Ein nicht ausgeglichener Haushalt kann nicht genehmigt werden, solange das Haushaltssicherungskonzept nicht vorliegt. Noch auszugleichende Fehlbeträge aus Vorjahren sind darzustellen.“

Die Fehlbeträge des Kreises Offenbach für den Zeitraum 2003 - 2014 können aus unten aufgeführter Tabelle entnommen werden.

	<b>jahresbezogener Fehlbedarf (Plan)</b>	<b>Fehlbetrag (Ist)</b>	<b>kumuliertes Defizit</b>
<b>2003</b>	13.916.520	16.854.540	16.854.540
<b>2004</b>	24.063.960	33.278.050	50.132.590
<b>2005</b>	49.472.750	53.328.164	103.460.754
<b>2006</b>	49.699.100	48.248.357	151.709.111
<b>2007</b>	31.765.270	30.169.947	181.879.058
<b>2008</b>	16.733.886	37.650.932	219.529.990
<b>2009</b>	13.836.843	33.341.173	252.871.163
<b>2010</b>	63.020.799 *	76.763.245 *	329.634.408
<b>2011</b>	95.236.429 *	77.847.049 *	407.481.457
<b>2012</b>	78.945.077 *	75.790.069 *	483.271.527
<b>2013</b>	65.720.018 *	52.342.573 *	548.991.545
<b>2014</b>	34.242.470		583.234.015

*\* Werte beziehen sich auf das vorläufige Rechnungsergebnis*

Finanzplanung 2013 – 2017: Die Beträge in 1.000 Euro, Rundungs-  
differenzen sind möglich.

Konten	Ergebnishaushalt	2013	2014	2015	2016	2017
50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.334	1.324	1.324	1.324	1.324
51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.535	10.506	10.506	10.506	10.506
548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	22.769	22.064	22.064	22.064	22.064
52		0	0	0	0	0
55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzl. Umlagen	222.070	233.946	242.015	247.085	252.155
547	Erträge aus Transferleistungen	106.093	110.224	110.224	110.224	110.224
540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	77.908	80.388	80.388	80.388	80.388
546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.406	6.473	6.473	6.473	6.473
53	Sonstige ordentliche Erträge	16.524	20.214	20.214	20.214	20.214
<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>		<b>460.639</b>	<b>485.139</b>	<b>493.208</b>	<b>498.278</b>	<b>503.348</b>
62,63,640- 643,647- 649,65	Personalaufwendungen	42.891	42.891	42.891	42.891	42.891
644-646	Versorgungsaufwendungen	5.527	5.527	5.527	5.527	5.527
60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	105.821	105.928	105.928	105.928	105.928
66	Abschreibungen	14.909	14.564	14.564	14.564	14.564
71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	34.682	32.460	32.460	32.460	32.460
73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzl. Umlageverpflichtungen	64.347	64.681	64.681	64.681	64.681
72	Transferaufwendungen	226.154	226.182	226.182	226.182	226.182
70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	12	13	13	13	13
<b>Summe der ordentliche Aufwendungen</b>		<b>494.343</b>	<b>492.246</b>	<b>492.246</b>	<b>492.246</b>	<b>492.246</b>
<b>Verwaltungsergebnis</b>		<b>-33.704</b>	<b>-7.107</b>	<b>962</b>	<b>6.032</b>	<b>11.102</b>
56,57	Finanzerträge	812	685	685	685	685
77	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	32.845	27.835	26.735	25.895	25.895
<b>Finanzergebnis</b>		<b>-32.033</b>	<b>-27.150</b>	<b>-26.050</b>	<b>-25.210</b>	<b>-25.210</b>
<b>Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge</b>		<b>461.451</b>	<b>485.824</b>	<b>493.893</b>	<b>498.963</b>	<b>504.033</b>
<b>Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen</b>		<b>527.188</b>	<b>520.081</b>	<b>518.981</b>	<b>518.141</b>	<b>518.141</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>		<b>-65.737</b>	<b>-34.257</b>	<b>-25.088</b>	<b>-19.178</b>	<b>-14.108</b>
59	Außerordentliche Erträge	17	15	0	0	0
79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>		<b>17</b>	<b>15</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresergebnis</b>		<b>-65.720</b>	<b>-34.242</b>	<b>-25.088</b>	<b>-19.178</b>	<b>-14.108</b>

Konten	Finanzaushalt	2013	2014	2015	2016	2017
810	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.334	1.324	1.324	1.324	1.324
811	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.535	10.506	10.506	10.506	10.506
812	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	22.769	22.064	22.064	22.064	22.064
814	Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschl. Erträgen aus gesetzl. Umlagen	222.070	233.946	242.015	247.085	252.155
815	Einzahlungen aus Transferleistungen	106.093	110.224	110.224	110.224	110.224
816	Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	77.908	80.388	80.388	80.388	80.388
817	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	812	685	685	685	685
813,828	Sonstige ordentl. und außerordentl. Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	16.536	19.590	19.590	19.590	19.590
	<b>Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>457.057</b>	<b>478.727</b>	<b>486.796</b>	<b>491.866</b>	<b>496.936</b>
830	Personalauszahlungen	42.891	42.891	42.891	42.891	42.891
831	Versorgungsauszahlungen	3.263	3.125	3.125	3.125	3.125
832	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	105.818	105.928	105.928	105.928	105.928
833	Auszahlungen für Transferleistungen	226.144	226.182	226.182	226.182	226.182
834	Auszahlungen f. Zuweisungen u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	34.693	32.460	32.460	32.460	32.460
835	Auszahlungen für Steuern einschl. Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	64.347	64.681	64.681	64.681	64.681
836	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	33.230	28.205	27.105	26.265	26.265
837,848	Sonstige ordentl. und außerordentl. Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	141	143	143	143	143
	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>510.527</b>	<b>503.615</b>	<b>502.515</b>	<b>501.675</b>	<b>501.675</b>
	<b>Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-53.470</b>	<b>-24.888</b>	<b>-15.719</b>	<b>-9.809</b>	<b>-4.739</b>
820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und - zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	6.276	4.279	5.986	5.986	5.986
822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	2.307	200	0	0	0
823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	9	9	9	9	9
	<b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>8.592</b>	<b>4.488</b>	<b>5.995</b>	<b>5.995</b>	<b>5.995</b>
841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	18.492	18.355	18.065	18.967	19.917
842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.384	7.876	2.183	1.741	1.749
840,843	Auszahl. f. Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen u. immaterielle Anlagevermögen	1.741	985	669	196	196
844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	167	0	0	0
	<b>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>25.617</b>	<b>27.383</b>	<b>20.917</b>	<b>20.904</b>	<b>21.862</b>
	<b>Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-17.025</b>	<b>-22.895</b>	<b>-14.922</b>	<b>-14.909</b>	<b>-15.867</b>
	<b>Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf</b>	<b>-70.495</b>	<b>-47.783</b>	<b>-30.641</b>	<b>-24.718</b>	<b>-20.606</b>
826	Einzahlungen a. d. Aufnahme v. Krediten u. wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen f. Investitionen	17.025	22.895	14.922	14.909	15.867
846	Auszahlungen f. d. Tilgung v. Krediten u. wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen f. Investitionen	19.548	20.570	20.327	20.164	20.862
	<b>Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-2.523</b>	<b>2.325</b>	<b>-5.405</b>	<b>-5.255</b>	<b>-4.995</b>
	Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres	-73.018	-45.458	-36.046	-29.973	-25.601
	Geplanter Anfangsbestand an Zahlungsmittel zu Beginn des Haushaltsjahres	0	0	0	0	0
	Geplante Veränderung des Bestandes an Zahlungsmittel	-73.018	-45.458	-36.046	-29.973	-25.601
	<b>Geplanter Endbestand an Zahlungsmittel am Ende des Haushaltsjahres</b>	<b>-73.018</b>	<b>-45.458</b>	<b>-36.046</b>	<b>-29.973</b>	<b>-25.601</b>

## 5. Ausblick

Der Kreis Offenbach bekennt sich weiterhin klar zum dauerhaften Konsolidierungskurs und dem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Mit Blick auf die großen Kostenblöcke, wie z. B. die Sozialleistungen oder die Landeswohlfahrtverbandsumlage, wird aber deutlich, dass der Einfluss darauf gering ist und viele Konsolidierungsmöglichkeiten erschöpft sind.

Außerdem wird im Rahmen der Haushaltsumfrage 2012/2013 des Hessischen Landkreistages deutlich, in welcher prekären Situation sich die hessischen Landkreise weiterhin befinden. Von 21 Landkreisen können 19 trotz erheblicher Konsolidierungsbemühungen keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, obwohl inzwischen 15 von ihnen die zulässige Erhöhung ihrer Kreis- und Schulumlage ausgeschöpft haben oder kurz davor stehen. Auch ausgeglichene Ergebnishaushalte können nicht über das erhebliche Finanzierungsdefizit hinwegsehen. Im bundesweiten Vergleich verbuchen Ende 2012 die hessischen Landkreise mehr als 40% der Kassenkredite in diesem Bereich.<sup>5</sup>

Dies dokumentiert, dass die Landkreise an einem Punkt angelangt sind, an dem die dauerhafte Unterfinanzierung nicht mehr zu stemmen ist. Der Kommunale Schutzschirm kann hierbei zwar eine Hilfestellung bieten, aber unübersehbar bleibt: Bund und Land übertragen Aufgaben an die Landkreise ohne dem Konnexitätsprinzip zu folgen und für einen angemessenen Kostenersatz zu sorgen. Das daraus resultierende strukturelle Defizit können die Kreise allein nicht auffangen, zumal sie selbst keine Einnahmen generieren können.

Darum bleibt die Forderung: Die finanzielle Ausstattung der Landkreise muss neu konzipiert werden.

Nur so ist letztlich auch die „schwarze Null“ im Jahr 2020 zu erreichen, die in der Vereinbarung mit dem Land Hessen über den Kommunalen Schutzschirm festgeschrieben wurde.

---

<sup>5</sup> Landkreistag Kompakt, September 2013

## Haushaltssicherung 2005 ff.

Anlage A

### Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen aus dem HH-Sicherungskonzept

Haushaltsjahr	HH-relevante Konsolidierungssumme
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2005	10.432.628,40 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2006	5.088.727,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2007	2.220.259,93 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2008 (Potential)	1.025.848,75 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2008	1.966.380,13 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2009 (Potential)	1.000.000,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2009	869.973,69 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2010 (Potential)	1.000.000,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2010	935.229,90 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2011 (Potential)	1.000.000,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2011	781.977,41 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2012 (Potential)	1.000.000,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2013 (Potential)	1.000.000,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2014 (Potential)	1.000.000,00 €
<b>Endsumme:</b>	<b>22.295.176,46 € *</b>

\* ohne Potentiale der Jahre 2008 bis 2014

### Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen aus den Auflagen des Regierungspräsidiums

Haushaltsjahr	HH-Sperren	HH-relevante Einsparungen p. a.		
		Stellenbesetzungs-sperren	Veräußerungen	Kreisumlage-erhöhung
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2005	197.313,00 €	1.005.777,22 €	172.300,84 €	7.784.911,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2006	2.660.000,00 €	627.590,29 €	3.469.761,13 €	0,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2007	1.092.000,00 €	717.616,00 €	321.232,75 €	16.182.239,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2008	1.032.280,32 €	574.287,00 €	252.296,34 €	0,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2009	570.186,00 €	657.755,00 €	32.520,00 €	0,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2010	675.690,00 €	716.919,00 €	133.245,00 €	0,00 €
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 2011	4.822.862,97 €	648.437,00 €	4.616.817,38 €	0,00 €
<b>Endsumme:</b>	<b>11.050.332,29 €</b>	<b>4.948.381,51 €</b>	<b>8.998.173,44 €</b>	<b>23.967.150,00 €</b>

**Gesamtbetrag HH-relevante Konsolidierungssumme 2005-2011**

**71.259.213,70 €**

bestehend aus: Konsolidierungssumme, Haushaltssperren, Stellenbesetzungs-sperren, Veräußerungen und Kreisumlageerhöhungen

Maßnahmen	Anmerkung	Beschluss
<b>Organisatorische Maßnahmen</b>		
Zusammenführung von FD Sicherheit und FD Gesundheit	umgesetzt	
Umstrukturierung / Auflösung des Bauhofs inklusive Personalüberleitungen an die Betreibergesellschaften	umgesetzt	KA-Beschluss vom 04.07.2005
Straffung der Fortbildung und Verlagerung in den FD Bildung	umgesetzt	
Eingliederung der Angebote des Jugendbildungswerks in den FD Bildung	umgesetzt	
Schülerbeförderung / Neuausschreibung	umgesetzt	
Gründung einer dezentralen Förderschule für Erziehungshilfe und für Kranke	umgesetzt	
Beschaffungswesen IS Market; Kostensenkung durch Ausweitung des Angebots auf die Schulen	umgesetzt	
Telefonanbieter Schulen / Abschluss eines Rahmenvertrages	umgesetzt	
Laufende Ausstattung IT an Schulen; Einsparung durch Leasing	fortlaufend	
Auflösung der eigenen psychologischen Beratungsstellen und Eingliederung in die Neuorganisation in der Hilfe- und Beratungsstruktur / Neuordnung des SPD i	umgesetzt	
Kommunalisierung der staatlichen Abteilung / Synergieeffekte	umgesetzt	
Ablaufuntersuchungen und kontinuierlicher Verbesserungsprozess	fortlaufend	
Ablaufuntersuchung Bildstelle	umgesetzt	
Überprüfung von Leistungsgewährung bei Pflichtleistungen	fortlaufend	
Überprüfung von Gastschulbeiträgen	umgesetzt	
Flächendeckende Aufgabenkritik	fortlaufend	
Aufbau eines strategischen Zielsystems und strategischen Reportings	fortlaufend	
Neuorganisation und Zusammenlegung von Finanzwirtschaft und Kasse / Synergieeffekte	in Bearbeitung	
Vorsortierung der Post durch externe Anbieter	fortlaufend	
Anbieterwechsel Postzustellungsurkunden	umgesetzt	
Leasing aktive Netzwerkkomponente	umgesetzt	
Wartung aktive Netzwerkkomponente	umgesetzt	
Leasing IT Ausstattung Regionalteam Seligenstadt	umgesetzt	
Standleitung Internet und Regionalteam Seligenstadt	umgesetzt	
Konzept für Drucker und Kopierer im Kreishaus	umgesetzt	
Prüfung des Umstiegs von Vertrags- auf Prepaidhandys	fortlaufend	
Prüfung auf Umwandlung in Betriebe gewerblicher Art: Betriebsrestaurant	Prüfung durchgeführt, die Maßnahme nach Auswertung der Prüfung zurückgestellt	
Prüfung auf Umwandlung in Betriebe gewerblicher Art: Photovoltaikanlage	umgesetzt	KA-Beschluss vom 18.10.2010
Prüfung auf Umwandlung in Betriebe gewerblicher Art: Schulkioske	Prüfung durchgeführt, die Maßnahme nach Auswertung der Prüfung zurückgestellt	
Prüfung auf Umwandlung in Betriebe gewerblicher Art: Vermietung der Räumlichkeiten an Schulen	Prüfung durchgeführt, die Maßnahme nach Auswertung der Prüfung zurückgestellt	
Prüfung auf Umwandlung in Betriebe gewerblicher Art: Kleiderkammer der Feuerwehren der kreisangehörigen Städte und Gemeinden	nach Prüfung verworfen	
Prüfung auf Umwandlung in Betriebe gewerblicher Art: Parkhaus am Haus des Lebenslangen Lernens	umgesetzt	
Prüfung Aufbau eines Investitionscontrollings	in Bearbeitung	
Green IT im Hinblick auf die Hard- und Softwareausstattung	umgesetzt	
Aussetzung der Ausstattung der Schulen mit Informationsdisplays (Anzeige von Vertretungsplänen über Plasma-Bildschirme)	umgesetzt	
Prüfung auf Absenkung des angestrebten PC zu Schülerinnen-/ Schülerverhältnis von 1/5 auf 1/9 (Landesdurchschnitt 1/10)	in Bearbeitung	
Managementbedingte Einsparungen Papierkosten	umgesetzt	
Erträge aus Photovoltaikanlagen	umgesetzt	
Umsetzung der Ergebnisse aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe Haushaltssicherung	in Bearbeitung	
Prüfung des Anlagevermögens auf Betriebsnotwendigkeit	in Bearbeitung	
Neuvergabe der Kfz-Entstempelung	umgesetzt	
Kündigung Leasing Telefonanlage	umgesetzt	
Prüfung der Anschaffung eines Kfz, welches sich durch Werbung finanziert	fortlaufend	
Prüfung der möglichen Einführung einer elektronischen Rechnungsbearbeitung in der Kreisverwaltung	NEU	

**Wirtschaftlichkeitsberechnungen**

Wirtschaftlichkeitsprüfung zur Einführung der Elektronischen Personalakte	in Bearbeitung	
Wirtschaftlichkeitsprüfung zur Einführung des elektronischen Postversands	Prüfung durchgeführt, die Maßnahme nach Auswertung der Prüfung zurückgestellt	
Wirtschaftlichkeitsprüfung zur Einführung mobiler Terminals bei den Vollstreckungsbeamtinnen und -beamten	umgesetzt	
Wirtschaftlichkeitsprüfung "Digitales Bauamt"	umgesetzt	
Wirtschaftlichkeitsberechnung Leasing oder Kauf von Fahrzeugen	umgesetzt	
Wirtschaftlichkeitsberechnung Modellversuch "Begabungsorientierte Schule"	umgesetzt	
Wirtschaftlichkeitsprüfung "Fleischschau" im Bereich des Fachdienstes Veterinärwesen und Verbraucherschutz	in Umsetzung	
Ergänzung der KA-Vorlagen um Folgekostenberechnungen	umgesetzt	
Prüfung des Auslastungsgrades von vorhandenen räumlichen Ressourcen	fortlaufend	
Prüfung der Zentralisierung der Aktenlagerung	umgesetzt	



Maßnahmen	Anmerkung	Beschluss
<b>PPP- oder Ausgliederungsmaßnahmen</b>		
IT Optimierung von Geschäftsprozessen / Prüfung Eigenleistung oder Fremdbezug ("make or buy")	fortlaufend	
Übertragung des Betriebs der Krankenhäuser auf einen strategischen Partner	umgesetzt	KT-Beschluss vom 15.03.2002
Übertragung der baulichen Sanierung der Instandhaltung und Bewirtschaftung der Schulen auf private Dritte	umgesetzt	KT-Beschluss vom 18.05.2004 und 08.10.2004
Prüfung der Ausgliederung der Sozialpädagogischen Einrichtungen	umgesetzt	Übergabe an einen freien Träger seit dem 01.07.2007; KT- Beschluss 08.02.2006
Prüfung der Fremdvergabe der Schulmöbelausstattung / Sachausstattung	umgesetzt	
HLL (Haus des Lebenslangen Lernens)	umgesetzt	KA-Beschluss vom 22.08.2005 KT-Beschluss vom 07.09.2005

**Überprüfung der freiwilligen Leistungen**

Neuverhandlung „Betriebsrestaurant“ / Neuausschreibung / Neuvergabe	umgesetzt	KA-Beschlüsse vom 28.07.2008 und 08.09.2008
Allgemeine Fördertatbestände Umwelt	umgesetzt	
Streichung freiwilliger Leistungen: Faschingsfrei	umgesetzt	Rundschreiben vom 17.02.2005
Streichung freiwilliger Leistungen: Betriebsausflug bis 2008	umgesetzt	Rundschreiben vom 17.02.2005
Aussetzung freiwilliger Leistungen: Betriebsausflug, Einsparung Arbeitszeit bis 2008	umgesetzt	
Streichung freiwilliger Leistungen: außertariflicher hausinterner Bewährungsaufstieg	umgesetzt	KA-Beschluss vom 26.01.2005 Rundschreiben vom 12.02.2004
Streichung freiwilliger Leistungen: 1/2 Tag Geburtstagsfrei	zurückgestellt	
Gastschulbeiträge privat / Absenkung der Beiträge auf gesetzliches Niveau	umgesetzt	
Absenkung des Schulbudgets	umgesetzt	
Prüfung der Zuschüsse der Schülerfördervereine	umgesetzt	
Außerschulische Nutzung der Turnhallen und Klassenräume	zurückgestellt	
Überprüfung der Mitgliedschaften	fortlaufend	
Prüfung Reduzierung von Beihilfen zur Instandsetzung von Bau- und	fortlaufend	
Prüfung der Überführung der Kreisjugendheime in eine GmbH	Prüfung durchgeführt, die Maßnahme nach Auswertung der Prüfung zurückgestellt	
Prüfung der Überführung der KVHS in eine GmbH	Prüfung durchgeführt, die Maßnahme nach Auswertung der Prüfung zurückgestellt	
Überprüfung der freiwilligen Leistungen (Einsparpotentiale) u. a. anhand der 100. vergleichende Prüfung des Hessischen Rechnungshofes	umgesetzt / fortlaufend	
Überprüfung der freiwilligen Leistung "Fuhrpark"	umgesetzt	
Überprüfung der freiwilligen Leistung "Hausaufgabenhilfe"	umgesetzt	
Überprüfung der freiwilligen Leistung "Hilfe für Spätaussiedler"	umgesetzt	
Überprüfung der Mietzahlungen der Vereine für das Haus des Ehrenamtes	umgesetzt	
Prüfung der Erhöhung der Eintrittsgelder für das Landschaftsmuseum	umgesetzt	KA-Beschluss vom 19.01.2009
Rückübergabe des Dreieichmuseums in das ehrenamtliche Engagement	umgesetzt	

**Gebühren und Beiträge**

Wirtschaftlichkeitsberechnung "Gebühren und Beiträge"	umgesetzt / fortlaufend	
Überprüfung der Gebührensatzungen	fortlaufend	
Vorbeugender Brandschutz: Neue Gebührensatzung	umgesetzt	

**Vertragscontrolling**

Vertragscontrolling Einsparung durch Projekte	umgesetzt / fortlaufend	
Vertragscontrolling: Kündigungs- und Neuvergabemöglichkeiten	umgesetzt / fortlaufend	
Neuverhandlung - Kontrakt der Ambulanten Eingliederungshilfe	umgesetzt	KA-Beschluss vom 09.05.2005
Erhöhung der Einnahmen durch die Neuverhandlung der Verwaltungsvereinbarung über den Weiterbetrieb der Außenstellen in Seligenstadt, Langen und Mühlheim	umgesetzt	
Außenstellen	umgesetzt	
Wegfall der optischen Archivierung der o. g. Außenstellen	umgesetzt	
Rückforderung der Überzahlung Seligenstadt (Kfz - Außenstelle)	umgesetzt	
Prüfung und Neuverhandlung der Frühfördermaßnahmen für behinderte Kinder	umgesetzt	
Gesundheitszentrum	umgesetzt	
Zusatzvereinbarung Telefon	umgesetzt	
Gebäudewirtschaft: Neuverhandlung Verträge CWS, Vertragsanpassung bei Securitydiensten sowie Mietverträgen	umgesetzt	
Automatisiertes Liegenschaftskataster (Daten für GIS)	umgesetzt	
Kündigungen von Verträgen im Bereich Schulen	umgesetzt	
Prüfung der Ertragssteigerung durch Übertragung der Vermietung von Räumlichkeiten	umgesetzt	

**Finanzmanagement**

Kreditportfoliomanagement	umgesetzt	KA-Beschluss vom 06.09.2004
Aufbau und Ausbau des Forderungs- und Verbindlichkeitsmanagements	fortlaufend	
Prüfung Veräußerung von kreiseigenen Grundstücken zur Reduzierung der Kreditaufnahme im Vermögenshaushalt (ab 2008 Finanzhaushalt)	fortlaufend	
Prüfung der Einführung von Cash-Pooling	fortlaufend	
Ausweitung des Liquiditäts- und Zinsmanagements	fortlaufend	

Maßnahmen	Anmerkung	Beschluss
<b>Personal</b>		
Reduzierung des Ausbildungsplatzangebotes; Sach- und Personalkosten an den Bedarf angepasst	umgesetzt	
Erstattung Bund für Personalausgaben im Zusammenhang mit Hartz IV	umgesetzt	
Aufbau und Ausbau von Leistungsreizsystemen	umgesetzt	
Fehlzeitenanalyse	umgesetzt	
Stellenbesetzungssperre	fortlaufend	
Prüfung weiterer Projekte über ESF-Mittel	fortlaufend	
Durchführung der Personalbemessung/ Beamte	umgesetzt	
Durchführung der Personalbemessung/ Angestellte	in Bearbeitung	
<b>Jugend- und Soziales</b>		
Recherche im Sozialbereich (Ermittlung im Bereich Asyl)	umgesetzt	
Neuaufbau des Bereichs Asyl zur Kostenreduktion	umgesetzt	
Schließungen von Unterkünften (Wohnheimen)	umgesetzt	
Ausrichtung auf Bildungsangebote im Rahmen der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie eines neuen Zuwanderungsgesetzes	umgesetzt	
Einrichtung einer Zentralen Fallsteuerung für die Bereiche Jugend und Soziales	umgesetzt	
Überprüfung der Rechtsform inklusive Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Bereich SGB II	umgesetzt	
Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts für den Bereich SGB II	umgesetzt	
Anteilige Kostenübernahme für Schulsozialarbeit durch Kommunen und Land	fortlaufend	
Projekt "Aktivierende soziale Arbeit mit Flüchtlingen"	umgesetzt	
Steigerung der Rückgriffsquote bei Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	fortlaufend	
<b>Interkommunale Zusammenarbeit</b>		
Ausgleichsamt / Überprüfung der Zusammenlegung mit anderen Kommunen	umgesetzt	
Veterinärwesen / Überprüfung der Zusammenlegung mit anderen Kommunen	Prüfung durchgeführt, die Maßnahme nach Auswertung der Prüfung zurückgestellt, siehe Vertragscontrolling	
Vollstreckungsstelle / Überprüfung der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen	Prüfung durchgeführt, die Maßnahme nach Auswertung der Prüfung zurückgestellt	
BAföG / Überprüfung der Zusammenlegung mit anderen Kommunen	Prüfung durchgeführt, die Maßnahme nach Auswertung der Prüfung zurückgestellt	
Ausgleich für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen im Bereich der Zulassung durch das Finanzamt	umgesetzt	
Gebäudereinigung / Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Dietzenbach	umgesetzt	
<b>Beteiligung</b>		
Beteiligungsmanagement: Beteiligungsportfolio / Prüfung Veräußerung von Beteiligungen	fortlaufend	
Beteiligungsmanagement: Aufbau eines Beteiligungsreportings	fortlaufend	
<b>Schulen</b>		
Prüfung zur Verdichtung der Berufsschullandschaft	fortlaufend	
Prüfung auf Fremdbezug / Schulentwicklungsplan	nach Prüfung verworfen	
Kündigung Ersatzleistungen Sporthallen der Kommunen nach Fertigstellung der schuleigenen Sporthallen	umgesetzt	
Übertragung der Schulbudgets analog der Sachkostenbudgets zu 50 %	umgesetzt	
Transparente Darstellung der Ausstattung und Beschaffung der Schulmöbel	NEU	
<b>Bürgerinnen- und Bürgerservice</b>		
Kostenminimierung beim Bürger- und Bürgerinnenservice durch Synergieeffekte	fortlaufend	
Einführung einheitliche Behördenrufnummer 115	fortlaufend	
EU-Dienstleistungsrichtlinie	umgesetzt	
Prüfung der Einführung von Servicegarantien	NEU	
<b>Benchmark</b>		
Vergleichsring IT	fortlaufend	
Vergleichsring Personal	beendet	
Vergleichsring "Jugendarbeit" Hilfe zur Erziehung	beendet	
Vergleichsring hessischer Landkreise SGB XII	fortlaufend	
Vergleichsring Controlling	nach Prüfung, keine Teilnahme	
Vergleichsring Wirtschaftsförderung	nach Prüfung, keine Teilnahme	
Vergleichsring Bürgerbüro	beendet	
Vergleichsring SGB II	beendet	
Vergleichsring Ausländerwesen	fortlaufend	

# Kreis Offenbach - Liste der freiwilligen Aufwendungen 2014

Anlage C

Stand 02.04.2014

„Auf Aufwendungen und Aufgaben, die nicht auf Gesetz oder Vertrag beruhen, ist grundsätzlich zu verzichten. Bis auf weiteres ist bei Vorlage einer neuen Haushalts- bzw. Nachtragssatzung eine gesonderte Aufstellung aller freiwilligen Leistungen einschließlich gewährter geldwerter Vorteile unter Angabe des vorgesehenen Leistungsumfanges beizufügen. [...] Soweit Gremienbeschlüsse, Förderrichtlinien oder Satzungen des Landkreises bei freiwilligen Leistungen langfristige Bindungswirkungen entfalten, sind diese entsprechend zu ändern. Vertragliche Verpflichtungen, die freiwillige Aufgabenstellungen regeln, müssen in eigener Verantwortung im Hinblick auf mögliche Ausstiegsszenarien überprüft werden.“ (Haushaltsgenehmigung 2011)

## Maßnahmen und Buchungsstellen ohne gesetzlichen Auftrag, ohne Satzung und ohne vertragliche Verpflichtung

Produkt	Sachkonto	Beschreibung	Ansatz 2014	Ansatz 2013	vorl. RE 2012 16.10.2013	vorl. RE 2011 18.09.2012	vorl. RE 2010 18.09.2012
10.20.01	68800020	Sachkosten Führungskräfteinformation	50	300	34	15	0
10.20.02	69930120	Gewalt-sehen-helfen (Sachkosten)	2.000	10.250	1.595	301	2.476
10.50.01	68610090	Wirtschaftsförderung	30.000	30.000	15.423	16.383	13.400
10.50.01	59000020	- Erträge	-100	-500	-25	-59	-94
10.50.02	68610070	Neuaufgabe Radwegekarte			432	0	0
10.50.02	50900010	- Erträge	-100	-50	-780	-106	-431
10.50.02	61650070	Unterhaltung Radwegebeschilderung	30.000	10.000	1.341	21.526	4.238
10.50.03	71280030	Internationale Partnerschaft	8.000	8.000	9.542	13.712	8.036
10.60.01	61310040	Förderung Ehrenamt	9.000	9.000	6.914	1.206	5.445
10.60.01	61330020	Kosten für sportärztliche Untersuchungen	1.000	500	1.834	1.240	573
10.60.01	54109010	- Erträge	-700	-500	-680	-640	0
10.60.01	68690030	Ausgestaltung der Feier zur Preisverleihung	1.500	1.500	281	506	718
10.60.01	61330010	Honorare für Dozenten, etc. (anteilig)	12.000	12.000	9.337	38.066	11.854
10.60.01	68610020	Sachaufwand Öffentlichkeitsarbeit	8.000	8.000	11.373	16.269	6.374
10.60.01	68620010	Aufw. f. Gästebew. (Repräsentationen)	7.500	7.500	7.635	13.396	4.546
10.60.01	71190020	Beiträge und Beihilfen	5.000	5.000	5.548	10.420	3.055
10.60.01	71190080	Europafest	5.000	5.000	4.940	3.330	5.823
10.60.01	71190050	Seniorenbüro Winkelmühle	30.000	30.000	30.000	45.000	57.000
11.01.01	65040010	Besondere Personalentwicklungsmaßnahmen	26.000	26.000	6.255	5.442	8.626
12.10.01	67730030	Berat. u. Gutachten für Neustrukturierung	4.170	9.400	5.972	10.000	8.925
12.20.01	67730030	Berat. u. Gutachten für Neustrukturierung	10.280	10.600	1.607	16.142	32.320
13.01.01	60100010	Aufwendungen für Büromaterial und Drucksachen (anteilig)	3.375	4.500	2.222	3.345	7.166
13.01.01	68610020	Sachaufwand Öffentlichkeitsarbeit (anteilig)	4.000	4.500	17.518	1.573	2.815
13.01.01	68620010	Aufwendungen für Gästebewirtung (Repräsentationen) -anteilig	2.800	4.500	1.293	2.335	7.063
15.01.01	61330010	Honorare für Dozenten, etc.	1.600	1.500	1.224	380	737
15.01.01	68620010	Aufwendungen für Gästebewirtung (Repräsentationen)	400	400	307	522	778
16.01.02	71240040	Zuschüsse IT-Kompetenzzentrum	2.000	2.000	685	7.054	5.437
18.01.01		Zuschussbed. Kreisjugendheime und andere Einrichtungen (ohne Personal, incl. Abschreibungen)	5.362	-14.640	17.454	-29.407	-108.664
37.02.01	68610030	Förderung Ehrenamt	1.000	1.000	525	0	0
37.04.01	71280150	Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich	15.000	15.000	14.200	14.950	14.950
40.02.01	71280540	Landesprogramm Projekt o-camp		10.000	10.000	26.831	10.000
41.01.01	72100010	Förderung zur Betreuung ausländ. Kinder	70.000	70.000	54.588	69.125	64.799
41.01.01	72100050	Projekte zur sozialen Integration	3.000	3.000	933	0	2.523
41.01.01	72100060	Integration (anteilig)	36.000	36.000	16.421	15.070	23.326
51.40.01	68620020	Sachkosten Runder Tisch	800	800	598	552	781
63.01.03	69930080	Kosten des Denkmalschutzes	1.300	1.300	952	764	250
63.01.03	69930090	Kosten für archäolog. Ausgrabungen und Feststellungen	2.500	2.500	1.470	2.065	2.237
65.03.02	68690050	Veranstaltungsservice	4.000	5.000	9.280	13.005	14.744
93.01.01	68900010	Arbeitskreis Alter und Migration	1.000	1.000	705	600	509
93.01.01	71240090	Maßnahmen der Altenhilfe	15.000	15.000	14.212	15.684	12.257

## Projekte mit Förderantrag

Produkt	Sachkonto	Beschreibung	Ansatz 2014	Ansatz 2013	vorl. RE 2012 18.10.2013	vorl. RE 2011 18.09.2012	vorl. RE 2010 18.09.2012
10.50.02	67750010	Machtbarkeitsstudie Breitbandausbau			100		
10.50.02	54103910	- Erträge			0		
10.50.02	54104030	- Erträge			-22.735		
10.50.03	71280440	Direct Relais RheinMain	25.000	25.000	25.804	31.542	7.733
10.50.03	54101030	- Erträge	-25.000	-25.000	-25.904	-25.000	-25.000
11.01.02	54101030	- Erträge				-22.875	
10.60.01	71190140	Projekt JobFit / Interaktiv	195.000	80.000	93.904	54.326	95.623
10.60.01	54101010	- Erträge	-100.000		-35.440	-34.737	-29.000
10.60.01	54109020	- Erträge	-80.000	-30.000	-49.000	-12.000	-4.350
10.60.01	54200030	- Erträge					-48.897
10.60.01	54210020	- Erträge	-15.000	-50.000			
10.60.01	71190210	Sport gegen Krebs	6.000	6.000	10.885	2.737	6.506
10.60.01		- Erträge	*	*	*	*	*
41.01.01	72100011	Familienwerkstatt	24.000	22.210	138.473	95.006	0
41.01.01	54210020	- Erträge		-8.000	-66.170	-66.000	-20.000
41.01.01	54820100	- Erträge		-4.000	-20.000	-20.000	0
41.01.01	72100060	Projekt „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“	50.000				
41.01.01	54210020	- Erträge	-50.000				
43.10.01	61790160	Qualifizierungsbeauftragter	6.500	6.500	5.639	4.011	39.124
43.10.01	54210020	abz. anteilig (70 % des Aufw.)	-4.550	-4.550	-3.948	-2.808	-27.387
43.10.01	71240050	Kosten der Hausaufgabenhilfe	10.800	11.500	10.800	11.500	10.350
43.10.01	54210060	- Erträge	-10.800	-11.500	-10.800	-11.500	-10.350
51.40.01	72100090	„HALT-Projekt“ zur Alkoholprävention		6.000	6.078		
51.40.01	54810030	- Erträge		-6.000	-6.000		

\* Gegenfinanzierung durch Spenden

Richtlinien, Satzungen und Gremienbeschlüsse

Produkt	Sachkonto	Beschreibung	Ansatz 2014	Ansatz 2013	vorl. RE 2012 18.10.2013	vorl. RE 2011 18.09.2012	vorl. RE 2010 18.09.2012
10.40.01	65900010	Prämien für das Vorschlagswesen	1.000	1.000	125	0	100
10.50.03	71280010	Internationaler Schulaustausch	8.000	8.000	8.306	5.170	3.928
10.50.03	71280050	Internationale Begegnungen	30.000	30.000	9.771	20.639	52.975
10.50.03	54200010	- Erträge	-1.000	-1.000	0	0	0
10.50.03	54880010	- Erträge	-2.000	-4.000	-6.549	-3.500	-46.447
10.60.01	71190010	Förderung des Schulsportes	18.000	18.000	11.891	14.782	18.399
10.60.01	71190170	Kulturpreis/Kulturförderpreis des Kreises Offenbach	3.070	3.070	3.000	2.066	3.070
10.60.01	71190180	Bürgerpreis für ehrenamtl. Sozialarbeit	2.000	2.000	0	1.500	2.000
10.60.01	68690020	Repräsentation, Ehrengaben	6.500	8.000	6.241	2.958	2.710
10.60.01	71190030	Zusch. an Jugendmusikschulen, Musik- und Gesangsvereine	87.300	87.300	50.193	87.198	87.225
10.60.01	71190040	Sportförderungsmittel	122.000	122.000	68.160	109.582	118.126
10.60.01	71190060	Ehrungen f. Vereins- und sonstige Jubiläen	10.000	10.000	5.750	7.900	11.425
10.60.01	71190090	Beitrag an das Ledermuseum Offenbach	24.000	24.000	13.000	18.000	24.000
10.60.01	71190190	Ehren- und Wanderpreise	1.000	1.000	1.080	525	619
10.60.01	71190220	Förderung Kreisjugendorchester	5.000	5.000	2.858	3.750	
10.60.01	71190041	Kreisbeih.f.Baumaßn.Sportvereine	20.000	20.000	8.182	13.370	2.300
10.60.01	71190100	Zusch. für Veröffentl. von Heimat- und Geschichtsvereinen	3.500	3.500	0	2.625	5.628
10.60.02		Zuschussbedarf Landschaftsmuseum Seligenstadt (ohne Personal)	95.728	85.435	43.348	49.001	66.410
11.01.02	65900040	Betriebsportgemeinschaft	2.500	2.400	2.483	2.375	2.401
11.01.02	65900050	Zuschuss an das Betriebsrestaurant (antellig)	12.300	12.300	15.000	0	0
40.01.01	71720010	Erstattung Fahrtkosten an Stadt Rödermark	0	2.500	2.906	1.743	1.895
40.01.03	71280090	Zuschuss zum Mittagstischangebot			7.316	9.600	12.683
40.01.03	71280100	Förder. d. Ganztagsangebotes A.-Einstein-Schule Langen	40.910	40.910	23.381	30.683	40.910
40.01.06	71280080	Förderung besonderer Unterrichtsvorhaben	4.620	4.620	1.285	3.339	2.928
40.01.06	71280090	Essenszuschüsse			646	15.980	21.287
40.01.07	71280080	Förderung besonderer Unterrichtsvorhaben	2.050	2.050	734	1.216	977
43.10.01	71220030	Übern. Kursgeb. f. Arb.-Such. u. Empf. v. Leistg. n. SGB II u. XII	52.000	70.000	51.045	70.387	57.081
50.20.03	72450038	BTP Zuweisung AöR Mittagessen Hort**	130.000				
50.20.03	72450048	BTP Zuweisung AöR Ki-Zu. Mittagessen Hort**	24.500				
50.20.03	72450058	BTP Zuweisung AöR WoGG Mittagessen Hort**	4.650				
51.10.02	71280240	Zuschuss Deutscher Kinderschutzbund Rödermark	28.887	27.100	27.100	27.100	27.100
51.10.02	71280250	Zuschuss an Fam.-Bildungseinrichtungen	15.300	15.300	11.475	11.475	15.300
51.10.02	71280350	Beiträge und Beihilfen an freie Wohlfahrtsverbände	50.000	50.000	37.500	37.500	50.000
51.10.02	71280360	Beiträge und Beihilfen an sonstige Organisationen	40.000	40.000	25.501	29.858	27.809
51.10.03	71280230	Schulsozialarbeit/ant. Gewaltprävention s. 51.10.01.71280280				20.000	120.000
51.40.01	71280180	Kurse und Lehrgänge	6.300	6.300	6.127	6.528	7.155
51.40.01	71280190	Projekte der Jugendarbeit	10.000	10.000	6.870	8.531	7.145
51.40.01	71280210	Beihilfen für Fahrten und Lager	90.000	90.000	73.263	77.679	88.464
51.50.01	72100030	Förderung von Freizeitmaßnahmen für Behinderte				5.891	14.630
63.01.03	71190130	Beihilfen zur Instandsetzung von Bau- und Kunstdenkmälern	24.000	24.000	23.341	24.000	24.000
67.01.01	61310010	Aufw. für Aufsichtsrat bzw. Beirat,Ehrenamtl. Tätigkeit	4.000	4.000	3.575	3.310	4.000
67.01.01	61310060	Kosten des Vogelschutzbeauftragten	610	610	435	458	485
67.01.01	61650050	Landschaftspflege	26.800	29.800	2.094	7.281	14.804
67.01.01	71280120	Beihilfen zu Maßnahmen von Naturschutzorganisationen	28.000	28.000	21.108	27.911	33.912
67.01.01	68690030	Ausgestaltung der Feiern anlässlich der Preisverleihungen	500	500	386	336	350
67.01.01	71190150	Umweltpreis des Kreises Offenbach	0	2.500	0	2.500	0
67.01.01	71190160	Umweltpreis Kinder	1.000	0	500	0	1.000

\*\* Die Kostenübernahme des Mittagessens in Horten durch das BTP ist zum 31.12.2013 ausgelaufen. Der Kreis Offenbach führt die Leistung einmally für neun Monate im Jahr 2014 (in Bezugnahme auf das Schreiben des Hessischen Sozialministeriums vom 01.11.2013 sowie dem HLT-Rundschreiben 800/2013 vom 02.12.2013) weiter. In dieser Zeit wird ein alternatives Finanzierungskonzept, mit Übergang der Mittagsverpflegung "in schulische Verantwortung", vorbereitet.

<b>Summe</b>	<b>1.422.712</b>	<b>1.249.715</b>	<b>904.273</b>	<b>1.122.046</b>	<b>1.157.728</b>
<b>ordentlicher Aufwand</b>	<b>492.245.794</b>	<b>494.342.766</b>			
<b>Prozentualer Anteil freiwilliger Leistungen</b>	<b>0,29%</b>	<b>0,25%</b>			